

## **Betreff:** Neonazis und Bundeswehr

Die JUNGE FREIHEIT schreibt:

<http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display-mit-Komm.154+M5f58f783726.0.html>

Die Rechten sind also nun besorgt um ihren Einfluss in der Bundeswehr. Über ihn wurde berichtet:

<http://www.tagesschau.de/inland/bundeswehr666.html>,

<http://www.badische-zeitung.de/nachrichten/deutschland/400-radikale-in-der-bundeswehr-enttarnt--73581458.html>,

<http://www.sz-online.de/nachrichten/400-extremisten-in-der-bundeswehr-2617674.html> ,

[http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id\\_64475494/mad-chef-extremisten-haben-keinen-platz-in-der-bundeswehr.html](http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_64475494/mad-chef-extremisten-haben-keinen-platz-in-der-bundeswehr.html) ,

<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.bundeswehr-mad-chef-extremisten-haben-keinen-platz-in-der-bundeswehr.ead7b571-3f21-4c59-b82b-bfe9ed269423.html> ,

[http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id\\_64475494/mad-chef-extremisten-haben-keinen-platz-in-der-bundeswehr.html](http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_64475494/mad-chef-extremisten-haben-keinen-platz-in-der-bundeswehr.html)

Wie kam es zu diesem Einfluss der Rechten in der Bundeswehr?

Dazu muss man wissen, dass die Reservistenverbände wie auch der Bundeswehrverband und die Traditionsvereinigungen der Wehrmacht und Bundeswehr Tummelplätze für Rechtsextreme sind. Sie haben keine wirksamen Satzungsbestimmungen, die es ihnen ermöglichen, Nazis, Neonazis und andere Rechtsextreme auszuschließen – und sie wünschen solche Bestimmungen wohl auch nicht. So brüstete sich der Hauptmann a.D. und Vorsitzende der NPD, Udo Voigt, damit, seit Jahren Reservist der Bundeswehr zu sein. Inzwischen soll er herausgeklagt sein. Der Neonazi Voigt tat bereits in früher Jugend das, wozu die Braunen im Jahr 1995 aufriefen: „Junge Kameraden und Kameradinnen, die vor der Berufswahl stehen, unbelastet, intelligent und sportlich sind,“ sollten sich unauffällig zu „einer Ausbildung bei Bundeswehr und Polizei“ melden, „mit dem Ziel, sich in besonders qualifizierten Spezialeinheiten das nötige Wissen und Können anzueignen“ (aus: „Umbruch“ von S. Hupka, 1995). Der Aufruf schließt mit den Worten: „Widerstand, der auf die Beseitigung eines volksfeindlichen Systems zielt, muss professionell geplant sein.“

Heribert Prantl erklärte am 12.5.09 in der *Süddeutschen Zeitung*: „Nichts von dem, was die Bundeswehr heute macht, ist dort (im Grundgesetz) zu finden. Dort ist sie immer noch Verteidigungsarmee. Schleichend und ohne Verfassungsänderung ist die Bundeswehr in eine Kriseninterventionsarmee verwandelt worden. Das Grundgesetz ist der blinde Spiegel der Bundeswehr: Sie schaut hinein und sieht sich nicht. Die Tätigkeit der Truppe und ihre Aufgabenbeschreibung im Grundgesetz haben nichts mehr miteinander zu tun. Das Grundgesetz aber muß Leitfaden sein für jeden Staatsbürger – auch für den in Uniform.“

In Bundeswehrblättern wie „Information für die Truppe“ wird seit Jahren auf den Inlandseinsatz gegen den Terror – und das heißt dort gegen „Chaosgruppen wie z.B.

die Gruppe der Globalisierungsgegner“ (IfdT 3/2002) - eingestimmt. Ganz oben sieht die dazu gehörige Struktur so aus: Geschaffen wurde das „Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum“ in Berlin-Treptow mit Bundeskriminalamt, Bundesnachrichtendienst, Kriminal- und Verfassungsschutzämtern der Länder, Bundespolizei, Zollkriminalamt, Militärischer Abschirmdienst, Generalbundesanwalt und Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Noch 2003 lehnte der ehemalige Verfassungsschutzpräsident Eckard Werthebach eine solche Zentralisierung des Staatsapparats aus „historischen und rechtspolitischen Gründen“ ab; die „Assoziation mit dem Reichssicherheitshauptamt“ der Nazizeit sei zu naheliegend. Doch die Zentralisation schreitet voran. Die Einsatzführungsstäbe der Bundeswehr wie der Bundespolizei sind bereits seit längerem in Potsdam angesiedelt, noch in unterschiedlichen Immobilien.

Vielfältig sind die Instrumente gegen die Demokratie, Da ist vor allem die diktatorische Anwendung der modernen elektronischen Möglichkeiten, um Bürgerrecht abzubauen. Der Gewerkschaftsvorsitzende Frank Bsirske (Verdi) sagte: „Mit dem Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik ist der Kontrollwahn ausgebrochen – in Staat, Wirtschaft und Arbeitswelt.“ Elektronische Gesundheitskarte, zentrale Speicherung von Telekommunikations- und Arbeitnehmerdaten, Vorratsdatenspeicherung, unkontrollierbare europäische Datensammlungen – das sind nur einige der Elemente einer unheilvollen Entwicklung hin zu immer mehr staatliche Überwachung. Rolf Gössner brachte es auf den Punkt: „Ein ausufernder Antiterrorkampf bescherte uns eine dramatische Einschränkung der Freiheitsrechte. Eine wahre Flut sogenannter Antiterrorgesetze haben die Kontrolldichte in Staat und Gesellschaft beträchtlich erhöht – angeblich im Namen der Sicherheit, doch mit Sicherheit auf Kosten der Freiheit.“

Obiges teilt mit freundlichen Grüßen mit  
Ulrich Sander  
(Kommentar vom 3.09.2013)